

Multiple-Choice-Fragen zum Schweizerischen Bundesstaatsrecht

Assessment – Prüfung Öffentliches Recht I*

Martin Sigrist**

Die nachfolgenden Fragen hatten die Kandidaten an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich als Teil der Assessment – Prüfung Öffentliches Recht I vom 10. Juni 2010 zu beantworten. Alle schriftlichen Hilfsmittel waren zugelassen. Den Studierenden standen für die gesamte Prüfung drei Stunden Bearbeitungszeit zur Verfügung, wobei dem Multiple-Choice ein Drittel der gesamten Punktzahl zukam.

727 Studierende schrieben die Prüfung. Die Multiple-Choice-Fragen erhielten durchschnittlich zu 60% richtige Antworten.

Die Fragen liessen sich mit den Gesetzen und den Lehrbüchern HÄFELIN ULRICH / HALLER WALTER / KELLER HELEN, Schweizerisches Bundesstaatsrecht, 7. Auflage, Zürich, Bern, Basel 2008 sowie HALLER WALTER / KÖLZ ALFRED / GÄCHTER THOMAS, Allgemeines Staatsrecht, 4. Auflage, Basel 2008 beantworten. Die vorliegende Musterlösung stützt sich auf diese Grundlagen.

1.1 Die X-Partei hat eine Volksinitiative auf Partialrevision der Bundesverfassung in Form eines ausgearbeiteten Entwurfs eingereicht. Die Bundesversammlung stellt der Initiative einen direkten Gegenentwurf gegenüber. Dieser Gegenentwurf steht in der Normsetzungsstufe auf der Höhe

- A ☐ der Verfassung.
- B ☐ des formellen Gesetzes.
- C ☐ der Verordnung.
- D ☐ der Verfügung.

Antwort A ist richtig. Ein *direkter* Gegenentwurf ist auf gleicher Stufe wie der ursprüngliche Vorschlag, ein *indirekter* nicht. Im vorliegenden Fall ist es eine Volksinitiative auf Änderung der Bundesverfas-

sung. Ein *direkter* Gegenvorschlag ist auf gleicher Stufe, d.h. ebenfalls auf Stufe Bundesverfassung¹.

Antwort B ist falsch, ein formelles Gesetz wäre nicht auf gleicher Stufe wie der ursprüngliche Vorschlag und damit ein *indirekter* Gegenentwurf (siehe Antwort A zum direkten Gegenentwurf).

Antwort C ist falsch, denn auch eine Verordnung könnte, da nicht auf gleicher Stufe, in diesem Falle einzig ein *indirekter* Gegenentwurf sein.

* Die Prüfung stellte Prof. Andreas Kley, Ordinarius für öffentliches Recht, Verfassungsgeschichte sowie Staats- und Rechtsphilosophie an der Universität Zürich.

** lic. iur., Assistent am Lehrstuhl von Prof. Dr. Andreas Kley, Rechtswissenschaftliches Institut, Universität Zürich.

1 HÄFELIN / HALLER / KELLER, Rn. 1795.

Antwort D ist falsch, denn eine Verfügung kommt wegen ihrer individuell-konkreten Form gem. Art. 5 VwVG als Gegenentwurf nicht infrage.

1.2 Sie vernehmen am Fernsehen die Mitteilung, dass eine Abstimmungsvorlage nur am Ständemehr gescheitert ist. Was können Sie daraus erschliessen? Welche der folgenden Aussagen ist richtig?

- A ☐ Die Änderung der Kantonsverfassung ist in diesem Falle gescheitert, weil sie in der Volksabstimmung das Volks- und Ständemehr benötigt.
- B ☐ Die Mehrheit der Ständeräte hat die Vorlage abgelehnt.
- C ☐ Es handelte sich um eine Volksabstimmung über ein Bundesgesetz gemäss Art. 141 Abs. 1 Bst. a BV.
- D ☐ Es handelte sich möglicherweise um eine Änderung der Bundesverfassung.

A ist falsch, denn für Änderungen der Kantonsverfassungen sind die Kantone zuständig. Eine abschliessende Antwort zum Erfordernis des Ständemehrs kann hier ohne Kenntnis jener Verfassung nicht gegeben werden².

B ist falsch, denn beim Ständemehr muss nicht die Anzahl der Ständeräte, sondern der Stände zustimmen. Die Ständeräte beteiligen sich als normale Stimmberechtigte an solchen Abstimmungen³.

C ist falsch. Gem. Art. 141 Abs. 1 BV werden die Bundesgesetze «(...) dem Volk vorgelegt». Das bedeutet, dass gem. Art. 142 Abs. 1 BV die Mehrheit der Stimmenden der Vorlage zustimmen muss. Das Ständemehr ist demnach nicht notwendig.

D ist richtig. Art. 140 Abs. 1 BV listet jene Vorlagen auf, die Volk und Ständen vorgelegt werden. Es kann sich gem. dieser Liste um eine Änderung der Bundesverfassung handeln.

1.3 Welche der folgenden Aufgaben gehört nicht in die Kompetenz der Bundesversammlung?

- A ☐ Sie erlässt Polizeinotverordnungen.
- B ☐ Sie überprüft die Wirksamkeit der Massnahmen des Bundes.
- C ☐ Sie besorgt die auswärtigen Angelegenheiten.
- D ☐ Sie gewährleistet die Kantonsverfassungen.

A ist falsch, denn gem. Art. 163 Abs. 1 BV kann die Bundesversammlung Verordnungen erlassen, i.V.m. Art. 173 Abs. 1 lit. b und c BV im Bereich der inneren Sicherheit⁴.

B ist falsch, denn dies ist gem. Art. 170 BV in der Kompetenz der Bundesversammlung.

C ist richtig, denn diese Kompetenz kommt gem. Art. 184 Abs. 1 BV dem Bundesrat zu.

D ist falsch, denn die Gewährleistung liegt gem. Art. 172 Abs. 2 BV in der Kompetenz der Bundesversammlung.

1.4 Ständeräte vertreten ihren Kanton im Bundesparlament, deshalb

- A ☐ müssen sie auch der Regierung ihres Kantons angehören.
- B ☐ dürfen sie nach Bundesrecht nicht der Kantonsregierung angehören (organisatorische Gewaltentrennung).
- C ☐ müssen sie vor den Ständeratsberatungen den Kanton zwecks Entgegennahme der Weisungen konsultieren.
- D ☐ keine dieser Aussagen (A–C) trifft zu.

A ist falsch. Zwar können Kantone Unvereinbarkeiten vorsehen⁵, jedoch keine verfassungswidrigen Voraussetzungen, insb. nicht die politischen Rechte gem. Art. 34 Abs. 1 BV verletzen⁶.

B ist falsch, denn das Erfordernis der organisatorischen Gewaltentrennung gem. Art. 144 BV besteht nur auf gleicher Ebene, d.h. auf Bundes- oder Kantonsebene⁷.

C ist falsch, denn Ständeräte sind gem. Art. 161 Abs. 1 BV unabhängig.

D ist daher richtig.

² HÄFELIN/HALLER/KELLER, Rn. 1015 f.

³ HÄFELIN/HALLER/KELLER, Rn. 938.

⁴ In der Praxis nimmt der Bundesrat diese Kompetenz wahr, aber gem. BV besitzt sie auch die Bundesversammlung.

⁵ HÄFELIN/HALLER/KELLER, Rn. 1500.

⁶ HÄFELIN/HALLER/KELLER, Rn. 1496.

⁷ HALLER WALTER/KÖLZ ALFRED/GÄCHTER THOMAS, 191.

1.5 Welche der nachfolgenden Aussagen über das Einbringen von Verhandlungsgegenständen durch die Parlamentarier trifft zu?

- A ☐ Mit einer parlamentarischen Initiative kann ein Parlamentsmitglied direkt eine Bundesratsverordnung abändern lassen.
- B ☐ Mit einer parlamentarischen Initiative kann ein Parlamentsmitglied einen Nachtragskredit (d.h. Geldausgabe ausserhalb des Budgets) für die darniederliegende Landwirtschaft der Schweiz beantragen.
- C ☐ Eine Motion erlaubt es dem Parlamentarier, Auskünfte über die Angelegenheiten des Bundes zu verlangen.
- D ☐ Mit einer Interpellation kann ein Parlamentarier ein Veto gegen ein schon beschlossenes Geschäft der andern Kammer einlegen.

A ist falsch, denn eine parlamentarische Initiative richtet sich gem. Art. 107 ParlG an die Bundesversammlung, und mit ihr kann «der Entwurf zu einem Erlass der Bundesversammlung oder können Grundzüge eines solchen Erlasses vorgeschlagen werden».

B ist richtig. Gegenstand der parlamentarischen Initiative kann gem. Art. 107 ParlG ein «Erlass der Bundesversammlung» bzw. dessen «Grundzüge» sein. Ein Nachtragskredit kann gem. Art. 94 ParlG in Form eines Erlasses, eines Bundesbeschlusses gem. Art. 163 Abs. 2 BV erfolgen, weshalb ein solches Anliegen vom Recht der parlamentarischen Initiative gedeckt ist⁸.

C ist falsch, denn mit einer Motion wird gem. Art. 120 f. ParlG der Bundesrat beauftragt, einen Entwurf zu einem Erlass der Bundesversammlung vorzulegen oder eine Massnahme zu treffen. Die Motion ist damit kein Instrument, um Auskünfte einzuholen.

D ist falsch, denn mit einer Interpellation kann das Parlament gem. Art. 125 Abs. 1 ParlG den Bundesrat auffordern, über Angelegenheiten des Bundes Auskunft zu geben. Dies hat nichts mit einem Veto zu tun.

1.6 Welche der nachfolgend aufgeführten Personen oder Körperschaften haben das Recht, eine Änderung der Bundesverfassung in der Form des ausgearbeiteten Entwurfs vorzuschlagen, die zwingend dem Volk vorgelegt werden muss?

- A ☐ ein Kanton (sog. Standesinitiative).
- B ☐ acht Kantone (sog. plurale Kantonsinitiative).
- C ☐ ein Viertel der Mitglieder des Nationalrats.
- D ☐ 100 000 Stimmberechtigte.

A ist falsch. Gem. Art. 160 Abs. 1 BV können einzelne Kantone zwar Initiativen einreichen, jedoch nicht dem Volk, sondern nur zuhanden der Bundesversammlung. Die Initiativen haben gem. Art. 115 ParlG einen Erlass bzw. einen Vorschlag zu einem Erlass zum Gegenstand. Diese Initiativen sind nur ein Antrag an die Bundesversammlung, der nicht zwingend in einer Volksabstimmung mündet.

B ist falsch. Acht Kantone können gem. Art. 141 Abs. 1 BV das fakultative Referendum erreichen. Bestimmungen der BV werden von diesem Katalog jedoch nicht umfasst.

C ist falsch. Gem. Art. 151 Abs. 2 BV hat ein Viertel des National- oder Ständerats die Kompetenz, die Einberufung der Räte zu einer ausserordentlichen Session zu verlangen.

D ist richtig, denn gem. Art. 139 Abs. 1 BV können 100 000 Stimmberechtigte eine Teilrevision der BV verlangen. Diese ist gem. Art. 140 Abs. 1 lit. a BV zwingend dem Volk vorzulegen.

1.7 Die X-Partei hat eine Volksinitiative auf Partialrevision der Bundesverfassung in Form eines ausgearbeiteten Entwurfs eingereicht. Die Bundesbehörden stellen der Initiative einen indirekten Gegenentwurf gegenüber. Dieser indirekte Gegenentwurf

⁸ Gem. Art. 33 und 34 FHG gehen solche Nachtragskredite vom Bundesrat aus; dies ist in der Praxis auch das normale Vorgehen. Die Variante B ist aber ebenfalls zulässig und durch die parlamentarische Initiative voll abgedeckt, da die Finanzen ohnehin in der Kompetenz der Bundesversammlung sind (Art. 167 BV).

- A ☐ steht in der Normsetzungsstufe auf der Höhe der Verfassung.
- B ☐ steht in der Normsetzungsstufe auf der Höhe des formellen Gesetzes oder der Verordnung.
- C ☐ untersteht ebenfalls der Volksabstimmung, wobei die Stimmberechtigten beiden Vorlagen zustimmen können. In der Stichfrage können sie angeben, welcher Vorlage sie den Vorrang geben, falls beide angenommen werden.
- D ☐ führt zwingend zum Rückzug der Volksinitiative.

A ist falsch, denn indirekt bedeutet, dass der Gegenentwurf nicht auf der gleichen Stufe wie das Begehren steht, hier die Initiative⁹.

B ist richtig. Der *indirekte* Gegenentwurf steht nicht auf der gleichen Stufe wie die Initiative¹⁰. Da der hier vorliegende Gegenentwurf von den Bundesbehörden ausgeht und ebenfalls generell-abstrakter Natur sowie rechtssetzend sein soll, bleibt als möglicher Gegenentwurf die Verordnung oder ein Gesetz im formellen Sinne¹¹.

C ist falsch. Da der hier vorliegende Gegenentwurf nicht auf Verfassungsebene ist, ist nicht zwingend darüber abzustimmen (vgl. Antwort A i.V.m. Art. 76 BPR e contrario).

D ist falsch. Der Entscheid über den Rückzug der Volksinitiative liegt gem. Art. 73 BPR einzig beim Initiativkomitee. Zu beachten sind die Zeitpunkte, ab welcher die Initiative nicht mehr zurückgezogen werden kann.

1.8 Welche der nachfolgenden Aussagen über die Referenden im Bund trifft zu?

- A ☐ Beim obligatorischen Referendum müssen stets Volk und Stände zustimmen.
- B ☐ Beim fakultativen Referendum müssen stets Volk und Stände zustimmen.

- C ☐ Im Bund ist neben dem Gesetzesreferendum das Referendum gegen dringliche Verordnungen möglich.
- D ☐ Ein dringlich erklärtes verfassungskonformes Bundesgesetz, das auf neun Monate befristet ist, unterliegt keinem Referendum.

A ist falsch. Gem. Art. 140 Abs. 2 BV gibt es auch Vorlagen, über die beim obligatorischen Referendum nur das Volk zu bestimmen hat, z.B. Volksinitiativen auf Totalrevision der Bundesverfassung.

B ist falsch, denn gem. Art. 141 Abs. 1 BV werden beim fakultativen Referendum die Vorlagen nur dem Volk vorgelegt.

C ist falsch. Gem. Art. 141 Abs. 1 lit. b BV unterstehen dringliche Bundesgesetze dem fakultativen Referendum, soweit deren Geltungsdauer ein Jahr übersteigt. Dringliche Verordnungen sind folglich nicht dem fakultativen Referendum unterstellt¹².

D ist richtig, denn gem. Art. 141 Abs. 1 lit. b BV unterstehen dringlich erklärte Bundesgesetze erst ab einer Geltungsdauer von mehr als einem Jahr dem fakultativen Referendum.

1.9 Welche der nachfolgenden Aussagen über die Kompetenzen von Bundesrat und Bundesversammlung trifft zu?

- A ☐ Die Liste der Kompetenzen der Bundesversammlung ist abschliessend, d.h. durch Gesetz können keine neuen Kompetenzen zugewiesen werden.
- B ☐ Die Liste der Kompetenzen des Bundesrates ist nicht abschliessend, d.h. durch Gesetz können neuen Kompetenzen zugewiesen werden.
- C ☐ Der Bundesrat ist allein für die Beziehungen zum Ausland zuständig. Es handelt sich um eine typische Regierungskompetenz, zu der das Parlament nichts zu sagen hat.
- D ☐ Keine dieser Aussagen trifft zu.

A ist falsch, denn gem. Art. 173 Abs. 3 BV können der Bundesversammlung durch Gesetze weitere Aufgaben und Befugnisse übertragen werden.

⁹ Siehe Fussnote 1.

¹⁰ Siehe Fussnote 1.

¹¹ HÄFELIN/HALLER/KELLER, Rn. 1819 ff.

¹² HÄFELIN/HALLER/KELLER, Rn. 1819 f.

B ist richtig, gem. Art. 187 Abs. 2 BV können dem Bundesrat durch Gesetz weitere Kompetenzen zugewiesen werden.

C ist falsch, denn gem. Art. 166 BV beteiligt sich auch die Bundesversammlung an der Aussenpolitik.

D ist demnach falsch, denn Antwort B ist richtig.

D ist falsch, denn die vorliegende Unterschriftenzahl reicht formell für eine Volksinitiative auf Teilrevision der Bundesverfassung gem. Art. 139 BV nicht aus. Gem. dieser Bestimmung sind für eine Verfassungsrevision 100 000 Unterschriften verlangt. Auch genügt der Text nicht dessen formellen Voraussetzungen gem. Art. 68 BPR.

1.10 In der Neuen Zürcher Zeitung, INLAND, Samstag, 20.3.1999 Nr. 66, S. 14 war folgende Kurzmeldung zu lesen:
«25 000 Unterschriften für Recht auf Lesen. Für die Eingabe <Lesen und Schreiben: ein Recht!> sind beim Sekretariat der Bundesversammlung 25 292 Unterschriften eingereicht worden. Verlangt werden dringliche Massnahmen, um Erwachsenen mit Schwierigkeiten den Zugang zu einer Grundausbildung zu garantieren. In der Schweiz haben laut Eingabe zwischen 13 und 19 Prozent der Erwachsenen grosse Schwierigkeiten, einen alltäglichen Text zu verstehen. <Lesen und Schreiben: ein Recht!> verlangt ausserdem, dass dieses Recht in der Verfassung verankert wird.»

Von welchem Recht machen die Unterzeichner dieser Eingabe konkret Gebrauch, wenn sie die Eingabe mit den 25 000 Unterschriften einreichen?

- A ☐ Art. 19 BV.
- B ☐ Art. 33 BV.
- C ☐ Art. 34 BV.
- D ☐ Art. 139 BV.

A ist falsch. Möglicherweise berufen sich die Unterzeichner auf den Anspruch auf Grundschulunterricht, doch sie machen mit ihren Unterschriften nicht konkret davon Gebrauch.

B ist richtig, denn die Unterzeichnenden verlangen etwas von einer Behörde. Die Petition gem. Art. 33 Abs. 1 BV hat keinen weiteren Voraussetzungen zu genügen.

C ist falsch. Es handelt sich insofern bei der Petition nicht um ein politisches Recht. Gem. Wortlaut von Art. 33 Abs. 1 BV kann «Jede Person» davon Gebrauch machen, auch jene Personen, die ansonsten in der Schweiz nicht über politische Rechte verfügen¹³.

1.11 Der Bund möchte zum Zwecke der Kostendämpfung das bisher lediglich kantonale Spitalwesen nach einheitlichen Grundsätzen umfassend und detailliert bundesgesetzlich regeln. Eine Verfassungsgrundlage für dieses Vorhaben findet sich in welcher der folgenden BV-Bestimmungen?

- A ☐ Art. 3 BV.
- B ☐ Art. 118 Abs. 1 BV.
- C ☐ Art. 43a Abs. 1 BV.
- D ☐ Keine dieser Bestimmungen.

A ist falsch. Dieser Artikel zeigt i.V.m. Art. 42 f. BV, dass ohne explizite Bundeskompetenz in der BV alle Kompetenzen bei den Kantonen sind¹⁴.

B ist falsch, denn diese Bestimmung wird im Abs. 2 der gleichen Bestimmung präzisiert. Dort finden sich zwar gewisse Zuständigkeiten des Bundes im Bereiche der Gesundheit, jedoch nichts bezüglich Spitalwesen.

C ist falsch. Diese Norm weist den Bund für den Fall schon vorhandener Kompetenzen an, diese nur dann zu gebrauchen, wenn die Themen die Kraft der Kantone übersteigen würden oder eine einheitliche Regelung zwingend wäre. Da das Gesundheitswesen gerade nicht generell im Kompetenzbereich des Bundes ist, vermag auch Art. 43a Abs. 1 BV hier gar nichts anzuweisen oder auszurichten¹⁵.

D ist demnach richtig, da die anderen Bestimmungen der BV nicht als Verfassungsgrundlage reichen.

¹³ HÄFELIN/HALLER/KELLER, Rn. 1364 ff., 1383 ff.

¹⁴ HÄFELIN/HALLER/KELLER, Rn. 1049 ff.

¹⁵ HÄFELIN/HALLER/KELLER, Rn. 1051.

1.12 Welche der folgenden Aussagen über die Grundrechte trifft zu?

- A ☐ Sozialziele der neuen Bundesverfassung beinhalten einen klagbaren Anspruch auf staatliche Leistungen.
- B ☐ Art. 12 BV gehört zu den Sozialzielen.
- C ☐ Art. 19 BV beinhaltet einen Anspruch auf staatliche Leistungen und ist damit ein Sozialrecht.
- D ☐ Keine dieser Aussagen trifft zu.

A ist falsch, denn Sozialziele gem. Art. 41 BV begründen im Gegensatz zu Sozialrechten keinen klagbaren Anspruch auf eine staatliche Leistung¹⁶.

B ist falsch, denn die Sozialziele sind in Art. 41 BV aufgelistet. Das Recht auf Hilfe in Notlagen begründet einen Anspruch auf eine positive staatliche Leistung, ist damit ein Sozialrecht als Teil der Grundrechte¹⁷.

C ist richtig. Wie Art. 12 BV begründet auch Art. 19 BV einen Anspruch auf eine staatliche Leistung, gehört damit zu den Sozialrechten¹⁸.

D ist damit falsch, denn die Aussage C trifft zu.

1.13 Nach dem Kernenergiegesetz bewilligt der Bundesrat ein Gesuch um eine Rahmenbewilligung für eine Kernanlage. Dieser Entscheid über die Erteilung der Rahmenbewilligung wird der Bundesversammlung zur Genehmigung unterbreitet. Schliesslich untersteht der Beschluss der Bundesversammlung über die Genehmigung der Rahmenbewilligung dem fakultativen Referendum.

In welche Erlassform wird die Bundesversammlung ihren Genehmigungsentscheid kleiden?

- A ☐ Verordnung.
- B ☐ Bundesgesetz.
- C ☐ einfacher Bundesbeschluss.
- D ☐ Bundesbeschluss.

A ist falsch. Verordnungen sind generell-abstrakt und rechtssetzend¹⁹, die fragliche Genehmigung ist jedoch individuell-konkret und rechtsanwendend. Ausserdem untersteht die Verordnung gem. Art. 141 Abs. 1 BV e contrario nicht dem fakultativen Referendum.

B ist falsch. Zwar unterstehen Bundesgesetze gem. Art. 141 Abs. 1 lit. a BV dem fakultativen Referendum. Jedoch sind Bundesgesetze generell-abstrakt und rechtssetzend²⁰, sodass auch diese für die fragliche Genehmigung nicht infrage kommen.

C ist ebenso falsch. Zwar können Entscheide der Bundesversammlung in dieser Form ergehen, d.h. nicht rechtssetzende Einzelakte²¹. Bundesbeschlüsse können weiter gem. Art. 141 Abs. 1 lit. c BV dem Referendum unterstehen. Gem. Art. 163 Abs. 2 BV bzw. Art. 29 Abs. 1 ParlG sind einfache Bundesbeschlüsse jedoch gerade nicht referendumpflichtig.

D ist richtig. Zum Bundesbeschluss siehe Antwort C, zusätzlich unterstehen (nicht *einfache*) Bundesbeschlüsse dem fakultativen Referendum gem. Art. 141 Abs. 1 lit. c i.V.m. Art. 163 Abs. 2 BV und Art. 29 Abs. 2 ParlG.

1.14 Welche der folgenden Aussagen über das Dringlichkeitsrecht trifft zu?

- A ☐ Die je einfache Mehrheit von National- und Ständerat kann ein Bundesgesetz dringlich erklären.
- B ☐ Das Dringlichkeitsrecht schliesst das Referendum ganz aus und führt deshalb zu einer Beschleunigung des Gesetzgebungsprozesses.
- C ☐ Das extrakonstitutionelle dringliche Bundesgesetz, dessen Geltungsdauer ein Jahr übersteigen soll, bedarf innert eines Jahres seit seiner Inkraftsetzung der obligatorischen Annahme durch Volk und Stände.
- D ☐ Zur Wahrung der inneren und äusseren Sicherheit, der Unabhängigkeit und der Neutralität der Schweiz kann der Bundesrat das Dringlichkeitsrecht anrufen und dringliche Bundesgesetze beschliessen.

A ist falsch, denn gem. Art. 165 Abs. 1 i.V.m. Art. 159 Abs. 3 lit. a BV sind in diesem Fall dazu die Mehr-

¹⁶ HÄFELIN/HALLER/KELLER, Rn. 911.

¹⁷ HÄFELIN/HALLER/KELLER, Rn. 908.

¹⁸ HÄFELIN/HALLER/KELLER, Rn. 908.

¹⁹ HÄFELIN/HALLER/KELLER, Rn. 1849.

²⁰ HÄFELIN/HALLER/KELLER, Rn. 1820 f.

²¹ HÄFELIN/HALLER/KELLER, Rn. 1836 f.

heiten der Mitglieder von National- und Ständerat vorausgesetzt, die Mehrheit der Stimmenden der beiden Räte reicht nicht aus.

B ist falsch. Das Referendum ist nicht ganz ausgeschlossen, sondern nur soweit gem. Art. 141 Abs. 1 lit. b BV die Geltungsdauer eines dringlichen Bundesgesetzes ein Jahr nicht übersteigt.

C ist richtig, denn gem. Art. 140 Abs. 1 lit. c BV unterstehen dringliche Bundesgesetze dem obligatorischen Referendum, d.h. sind von der Zustimmung durch Volk und Stände abhängig. Dies soweit sie keine Verfassungsgrundlage haben (extrakonstitutionell) sowie deren Geltungsdauer ein Jahr übersteigt.

D ist falsch, denn Dringlichkeitsrecht mittels Bundesgesetzen ist der Bundesversammlung gem. Art. 165 BV vorbehalten. Der Bundesrat begegnet ausserordentlichen Lagen, indem er gestützt auf Art. 185 Abs. 3 BV Verordnungen oder Verfügungen erlässt.

1.15 Bei welcher der nachstehend aufgeführten Bundeskompetenzen handelt es sich um eine Grundsatzgesetzgebungskompetenz?

- A ☐ Art. 38 Abs. 2 BV.
- B ☐ Art. 54 Abs. 1 BV.
- C ☐ Art. 71 BV.
- D ☐ Art. 74 Abs. 1 BV.

A ist richtig, denn die Grundsatzgesetzgebungskompetenz ist eine Frage der Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Kantonen. Bei dieser Aufteilung hat der Bund einzig die Kompetenz, Grundzüge der Gesetzgebung festzulegen, die detaillierte Regelung liegt bei den Kantonen. Die Formulierung in Art. 38 Abs. 2 BV, dass der Bund «Mindestvorschriften» erlässt, verweist darauf, dass der Bund hier nur über Grundsatzgesetzgebungskompetenz verfügt²².

B ist falsch, denn hier ist die gesamte Angelegenheit Sache des Bundes, für eine kantonale Kompetenz ist kein Platz. Hier handelt es sich demnach um eine umfassende Rechtssetzungskompetenz des Bundes²³.

C ist falsch, hier *kann* der Bund eine bestimmte Materie fördern, ist also nicht verpflichtet²⁴.

D ist falsch, denn hier erlässt der Bund die Vorschriften. Der Wortlaut «erlässt die Vorschrift» legt eine umfassende Rechtssetzungskompetenz des Bundes nahe²⁵. Gem. Abs. 3 des gleichen Artikels

sind die Kantone einzig für den Vollzug zuständig, und dies nur dort, wo das Gesetz den Vollzug nicht dem Bund zuweist.

1.16 Der Kanton X schafft eine neue, totalrevidierte Kantonsverfassung, die in der Volksabstimmung angenommen wird. Welchem der nachstehend wiedergegebenen Inhalte der Verfassung wird der Bund keine Gewährleistung erteilen?

- A ☐ Die Kantonsverfassung kennt kein Gesetzesreferendum.
- B ☐ Die Kantonsverfassung enthält keinen Grundrechtskatalog.
- C ☐ Die Kantonsverfassung kennt zwar das obligatorische Verfassungsreferendum, nicht aber die Verfassungsinitiative.
- D ☐ Die Kantonsverfassung sieht die direkte Majorzwahl der Abgeordneten des Kantonsparlamentes vor.

Allgemein zu den Antworten: Gem. Art. 51 Abs. 2 BV muss der Bund die Kantonsverfassungen gewährleisten. Diese müssen gem. Art. 51 Abs. 1 BV demokratisch sein, die Möglichkeit der Revision vorsehen und gem. Abs. 2 dem Bundesrecht nicht widersprechen.

A ist falsch, demokratisch ist die Kantonsverfassung auch ohne Gesetzesreferendum, soweit die kantonale einfache Gesetzgebung im Sinne der repräsentativen Demokratie ausgestaltet ist²⁶. Selbst die BV kennt das Gesetzesreferendum gem. Art. 140 f. BV e contrario nicht.

B ist falsch, denn der Grundrechtskatalog der BV gilt auch in den Kantonen, auch wenn in der fraglichen Kantonsverfassung selbst ein Grundrechtskatalog fehlt²⁷. Somit führt der fehlende Grundrechtskatalog nicht zu einem Widerspruch mit Bundesrecht i.S.v. Art. 51 Abs. 2 BV.

²² HÄFELIN/HALLER/KELLER, Rn. 1087 ff.

²³ HÄFELIN/HALLER/KELLER, Rn. 1084 f.

²⁴ HÄFELIN/HALLER/KELLER, Rn. 1090.

²⁵ HÄFELIN/HALLER/KELLER, Rn. 1084 f.

²⁶ HÄFELIN/HALLER/KELLER, Rn. 1016.

²⁷ HÄFELIN/HALLER/KELLER, Rn. 272.

C ist richtig. Die Kantonsverfassung muss auf Verlangen der Mehrheit der Stimmberechtigten abgeändert werden können, d.h., die Kantonsverfassung muss die Verfassungsinitiative gem. Art. 51 Abs. 1 2. Satz BV vorsehen.

D ist falsch, denn soweit gem. Kantonsverfassung das Parlament überhaupt durch das Volk gewählt wird, ist die Regelung bei der einfachen Gesetzgebung demokratisch i.S.v. Art. 51 Abs. 1 BV²⁸.

1.17 Welche der nachstehenden Aussagen über die Kompetenzen von Bundesrat und Bundesversammlung trifft nicht zu?

- A ☐ Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit sind konkurrierende Kompetenzen.
- B ☐ Pflege der Beziehungen zwischen Bund und Kantonen sind konkurrierende Kompetenzen.
- C ☐ Massnahmen zur Wahrung der äusseren Sicherheit sind konkurrierende Kompetenzen.
- D ☐ Konkurrierende Kompetenzen von Bundesrat und Bundesversammlung sind wegen Art. 173 Abs. 1 Bst. i BV unmöglich.

A ist falsch, denn diese Kompetenzen stehen gem. Art. 173 Abs. 1 lit. b BV der Bundesversammlung sowie gem. Art. 185 Abs. 2 BV dem Bundesrat zu, sind also konkurrierend²⁹.

B ist falsch, denn auch diese Kompetenz steht gem. Art. 172 Abs. 1 BV der Bundesversammlung sowie gem. Art. 185 Abs. 2 BV dem Bundesrat zu³⁰.

C ist falsch, denn auch diese Kompetenz steht gem. Art. 173 Abs. 1 lit. a BV der Bundesversammlung sowie gem. Art. 185 Abs. 1 BV dem Bundesrat zu³¹.

²⁸ Vgl. HÄFELIN/HALLER/KELLER, Rn. 1014: Das Bundesgericht erteilt dem kantonalen Verfassungsgeber einen weiten Spielraum in der Ausgestaltung der demokratischen Mitbestimmung.

²⁹ HÄFELIN/HALLER/KELLER, Rn. 1092 f.

³⁰ Siehe Fussnote 29.

³¹ Siehe Fussnote 29.

³² HÄFELIN/HALLER/KELLER, Rn. 1052.

³³ HÄFELIN/HALLER/KELLER, Rn. 1056.

³⁴ HÄFELIN/HALLER/KELLER, Rn. 1067 f.

³⁵ HÄFELIN/HALLER/KELLER, Rn. 1086 ff.

D ist richtig. Diese Vorschrift spricht von Kompetenzstreitigkeiten, d.h. aber nicht, dass Kompetenzen gem. BV nicht mehreren Bundesbehörden zustehen können (siehe Antworten A bis C).

1.18 Welche der folgenden Aussagen über die Kompetenzverteilung im Bundesstaat stimmt nicht?

- A ☐ Die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Kantonen ist in der Bundesverfassung abschliessend geregelt, sie basiert auf dem System der Enumeration von Bundeskompetenzen.
- B ☐ Neu anfallende Staatsaufgaben können durch die Kantone erfüllt werden. Neue Bundeskompetenzen bedürfen einer Verfassungsänderung.
- C ☐ Der 3. Titel der Bundesverfassung enthält die definitive Kompetenzausscheidung zwischen Bund und Kantonen. Ausserhalb dieses Titels sind keine Kompetenznormen zu finden. Auch stillschweigende Bundeskompetenzen, die durch Auslegung festgestellt werden, sind ausgeschlossen.
- D ☐ Eine Bundeskompetenz schliesst eine kantonale Kompetenz im gleichen Sachgebiet nicht von vorneherein aus.

A stimmt, denn gem. Art. 42 Abs. 1 BV fallen dem Bund nur jene Kompetenzen zu, die ihm die BV zuweist, alle anderen verbleiben bei den Kantonen. Dies nennt man das System der Enumeration von Bundeskompetenzen³².

B stimmt ebenfalls, denn nach dem System der Enumeration von Bundeskompetenzen gem. Art. 42 Abs. 1 BV fallen auch neue Kompetenzen nur dann dem Bund zu, wenn dies in der BV so geregelt ist³³.

C stimmt nicht, denn zum einen sind Bundeskompetenzen auch ausserhalb des 3. Titels zu finden, z.B. Art. 38 f. BV. Zum anderen sind stillschweigende Bundeskompetenzen möglich, durch die neue BV von 1999 ist diese Möglichkeit aber ohne praktische Bedeutung³⁴.

D stimmt, denn es gibt auch Grundsatzkompetenzen (z.B. Art. 88 Abs. 1 BV) sowie parallele Kompetenzen (z.B. Art. 61a ff. BV), wobei Bund und Kantone über je einen Anteil Kompetenzen verfügen³⁵.

1.19 Die organisatorische oder objektive Gewaltenteilung verlangt, dass

- A ☐ die klassischen drei Staatsfunktionen auf drei verschiedene, voneinander unabhängige Organe übertragen werden.
- B ☐ zwischen den drei Staatsorganen gewisse Kontrollmechanismen bestehen.
- C ☐ eine Person nicht gleichzeitig ein Mitglied von mehreren Staatsorganen sein kann.
- D ☐ für die Staatsorgane ein institutionalisierter Zwang zur Zusammenarbeit besteht.

A ist richtig. *Organisatorisch* bedeutet in diesem Zusammenhang, dass die organisatorischen Einheiten bzw. Organe der drei Gewalten getrennt sein müssen. Dies ergibt sich aus verschiedenen Artikeln der BV in Verbindung: Art. 148 Abs. 1. BV zur Bundesversammlung, Art. 174 BV zum Bundesrat, Art. 188 Abs. 1 BV zum Bundesgericht³⁶.

B ist nicht richtig, denn beim hier erwähnten Kontrollmechanismus spricht man von *Gewaltenhemmung*. Sie ist in der BV punktuell zu finden, z.B. Art. 169 Abs. 1 BV, dass die Bundesversammlung die Oberaufsicht über Bundesrat und Bundesgericht ausübt³⁷.

C ist ebenso nicht richtig. Soweit die Unvereinbarkeit einer Person in unterschiedlichen Gewalten angesprochen ist, handelt es sich um die *personelle* Gewaltenteilung, siehe Art. 144 BV³⁸.

D ist ebenso falsch. Zwar wird die Zusammenarbeit der obersten Bundesbehörden in der BV erwähnt, z.B. in Art. 166 Abs. 1 BV zur Aussenpolitik und Beziehungen zum Ausland oder in Art. 173 Abs. 1 lit. g zur Staatstätigkeit. Dies ist jedoch nicht eine Form der organisatorischen Gewaltenteilung.

1.20 Welches der folgenden Kriterien ist keine vom Verfassungsgeber selbst anerkannte Voraussetzung oder Schranke einer Verfassungsrevision?

- A ☐ Einheit der Form.
- B ☐ Einheit der Materie.
- C ☐ Fundamentalnomen der Bundesverfassung.
- D ☐ Zwingendes Völkerrecht.

A ist falsch, denn die Einheit der Form ist als Schranke in Art. 139 Abs. 3 BV genannt.

B ist falsch und ebenso im erwähnten Art. 139 Abs. 3 BV genannt.

C ist richtig, diese Einschränkung ist in Art. 139 Abs. 3 BV nicht genannt. Diese Voraussetzung ist als Schranke umstritten³⁹.

D ist falsch, auch diese Schranke ist in Art. 139 Abs. 3 BV genannt.

1.21 Welche der nachfolgenden Aussagen trifft zu: Ein dringliches Bundesgesetz ist ein Gesetz,

- A ☐ welches der Bundesrat in eigener Kompetenz erlassen kann.
- B ☐ über welches innerhalb eines halben Jahres ein Referendum durchgeführt werden muss.
- C ☐ welches mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder beider Räte verabschiedet werden muss.
- D ☐ welches stets befristet werden muss.

A ist falsch, gem. Art. 185 Abs. 3 BV kann der Bundesrat Recht rasch setzen, indem er in seinem Zuständigkeitsbereich selbständige (ausnahmsweise) und unselbständige (Regelfall) Verordnungen erlässt.

B ist falsch, denn gem. Art. 165 Abs. 2 und 3 BV müssen dringliche Bundesgesetze erst dem Volk vorgelegt werden, wenn deren Geltungsdauer ein Jahr übersteigt. Und dies nur, soweit die Bundesgesetze nicht nach einem Jahr ausser Kraft treten.

C ist falsch. Die Bundesgesetze können gem. Art. 165 Abs. 1 i.V.m. Art. 159 Abs. 3 lit. a. BV durch eine Mehrheit jedes Rates für dringlich erklärt werden. Das Gesetz hingegen muss nur von einer Mehrheit der *Stimmenden* gem. Art. 159 Abs. 2 BV angenommen werden.

D ist richtig. Gem. Art. 165 Abs. 1 letzter Satz BV sind dringliche Bundesgesetze zu befristen.

³⁶ HÄFELIN/HALLER/KELLER, Rn. 1406.

³⁷ HÄFELIN/HALLER/KELLER, Rn. 1408; 1416 ff.

³⁸ HÄFELIN/HALLER/KELLER, Rn. 1407.

³⁹ HÄFELIN/HALLER/KELLER, Rn. 1760.

**1.22 Nicht durch das rechtliche Gehör gem.
Art. 29 Abs. 2 BV geschützt wird**

- A ☐ das Recht zur Mitwirkung bei Beweis-
erhebungen.
- B ☐ das Akteneinsichtsrecht.
- C ☐ die unentgeltliche Rechtspflege.
- D ☐ der Anspruch auf begründeten Ent-
scheid.

A, B und D sind falsch. Diese Ansprüche sind Teile
des rechtlichen Gehörs⁴⁰.

C ist richtig. Zwar gibt es ein Recht auf unentgelt-
liche Rechtspflege, dies ist jedoch gem. Art. 29
Abs. 3 BV separater Teil der Allgemeinen Verfah-
rensgarantien. Dieser Anspruch steht neben dem
Anspruch auf rechtliches Gehör gem. Art. 29
Abs. 2 BV⁴¹.

**1.23 Welche Aussage über Art. 8 Abs. 3 Satz 3 BV
trifft zu?**

- A ☐ gilt nur bei Arbeitsverträgen mit
staatlichen Behörden.
- B ☐ betrifft die indirekte Drittwirkung.
- C ☐ gilt auch für Büroangestellte eines
Sportklubs.
- D ☐ gilt nicht für Schweizer Filialen eines
Unternehmens mit Sitz im Ausland.

A ist falsch, denn das Aussergewöhnliche an dieser
Regelung ist gerade die Wirkung auch zwischen Pri-
vaten, siehe dazu den Wortlaut des Artikels «(...) Gleichstellung (...) in Arbeit»⁴².

B ist falsch, denn die unmittelbare Wirkung dieser
Regelung zwischen Privaten ist eine Form der *direk-*
ten Drittwirkung⁴³.

C ist richtig. Da dieser Anspruch auch unmittel-
bar zwischen Privaten gilt, sind auch Büroange-
stellte eines – auch privaten – Sportklubs, geschützt
bzw. verpflichtet⁴⁴.

D ist falsch, denn die Grundrechte der BV gelten
in der Schweiz. Ein Arbeitgeber ist nur so weit durch
Schweizer Recht verpflichtet, als er sich in der
Schweiz befindet. Die Eigentumsverhältnisse sind
unerheblich⁴⁵.

**1.24 Welche Aussage über die Glaubens- und
Gewissensfreiheit trifft zu? Die Glaubens-
und Gewissensfreiheit**

- A ☐ kann nicht durch Massnahmen ge-
stützt auf Art. 185 BV eingeschränkt
werden.
- B ☐ gilt auch für Angehörige des Islams,
sofern die angerufene Glaubensregel
auch christlichen Gemeinschaften in
islamischen Ländern eingeräumt wird
(«Gegenseitigkeitsgebot»).
- C ☐ gilt auch für eine Aktiengesellschaft,
die Koscherfleisch importiert.
- D ☐ gilt nur für staatlich anerkannte Kir-
chen.

A trifft nicht zu. Die Glaubens- und Gewissensfrei-
heit zählt nicht zu den sog. notstandsfesten Rechten,
die überhaupt nicht eingeschränkt werden dürfen.
Zu Beachten sind aber die Voraussetzungen von Po-
lizeinotverordnungen gem. Art. 185 BV.⁴⁶

B ist nicht richtig. Die Freiheitsrechte der BV gel-
ten in der Schweiz nicht immer für alle Personen
(z.B. politische Rechte), jedoch unabhängig davon,
ob sie in anderen Ländern ebenfalls gewährt wer-
den⁴⁷.

C ist richtig, wobei sich die Aktiengesellschaft auf
Art. 15 BV, aber auch auf Art. 27 i.V.m. Art. 94 BV
berufen könnte⁴⁸. Juristische Personen können sich
ausnahmsweise auf Art. 15 BV berufen, wenn sie
selbst einen religiösen Zweck verfolgen, was im
Falle von C ja gerade zutrifft: Import von Koscher-
fleisch aus religiösen Gründen.

D ist nicht richtig, Art. 15 BV umfasst jegliche Re-
ligion und Weltanschauung, d.h., es sind nicht nur
Kirchen oder Religionen geschützt.

⁴⁰ HÄFELIN/HALLER/KELLER, Rn. 837 f.

⁴¹ Siehe Fussnote 40.

⁴² HÄFELIN/HALLER/KELLER, Rn. 281, 288, 793.

⁴³ HÄFELIN/HALLER/KELLER, Rn. 282.

⁴⁴ Siehe Fussnote 42.

⁴⁵ HÄFELIN/HALLER/KELLER, Rn. 272 ff.

⁴⁶ Vgl. HÄFELIN/HALLER/KELLER, Rn. 1862 ff.

⁴⁷ HÄFELIN/HALLER/KELLER, Rn. 289 ff.

⁴⁸ HÄFELIN/HALLER/KELLER, Rn. 433.

1.25 Welche Aussage über die Sprachenfreiheit trifft zu? Die Sprachenfreiheit

- A ☐ gilt nur für offizielle Landessprachen.
- B ☐ gilt für alle natürlichen Personen und erstreckt sich damit auf alle Sprachen.
- C ☐ gilt nur für den Gebrauch der Muttersprache.
- D ☐ gilt nur im Amtsverkehr mit Behörden.

A ist falsch. Die offiziellen Landessprachen sind in Art. 4 BV aufgelistet. Die Sprachenfreiheit gem. Art. 18 BV geht viel weiter und umfasst *alle* Sprachen⁴⁹.

B ist richtig. Der persönliche Schutzbereich von Art. 18 BV umfasst alle natürlichen Personen. Ob juristische Personen ebenfalls geschützt sind, ist umstritten. Das Bundesgericht hat diese Frage jeweils mit der Berufung auf die Wirtschaftsfreiheit offengelassen. Sachlich geschützt sind gem. Bundesgericht *alle* Sprachen⁵⁰.

C ist falsch. Wie bereits oben erwähnt, sind *alle* Sprachen geschützt⁵¹.

D ist falsch. Wie bereits oben erwähnt, sind alle Sprachen geschützt, und zwar *jederzeit*, Einschränkungen gem. Art. 36 BV sind vorbehalten. Bezüglich der Amtssprachen ist Art. 70 Abs. 1 BV einschlägig, d.h. im Verkehr mit Bundesbehörden ist eine solche zu verwenden, dies ist aber eine Frage der Amtssprachen und nicht der Sprachenfreiheit⁵².

Der folgende Sachverhalt gilt für die nächsten fünf Multiple-Choice-Aufgaben (1.26–1.30):

Es geht um die Nationalratswahl in einem fiktiven Wahlkreis X, bei dem 9 Sitze zu besetzen sind. Insgesamt stellen fünf Parteien (I–V) Kandidatenlisten auf. Sie erreichen folgende Listenstimmen:

| Partei | Listenstimmen |
|--------|---------------|
| I | 3 600 |
| II | 2 705 |
| III | 1 800 |
| IV | 1 600 |
| V | 800 |
| Total | 10 505 |

1.26 Welches ist die Verteilungszahl?

- A ☐ 1168.
- B ☐ 1050,5.
- C ☐ 1051.
- D ☐ 1050.

Die Verteilungszahl berechnet sich nach Art. 40 Abs. 1 BPR, d.h., die Totalstimmen (10 505) werden durch Anzahl Sitze plus eins (9+1) geteilt. Dies ergibt 1050,5.

Gem. des letzten Satzes der genannten Gesetzesbestimmung ist diese Zahl aufzurunden, was 1051 ergibt.

Antwort C ist also richtig.

1.27 In der ersten Verteilung

- A ☐ werden alle Mandate verteilt und es gibt keine (0) Restmandate.
- B ☐ erhält die Partei I vier (4) Mandate.
- C ☐ werden auf die Parteien insgesamt acht (8) Mandate vergeben und es verbleibt ein (1) Restmandat.
- D ☐ erhält die Partei II zwei (2) Mandate.

Gem. Art. 40 Abs. 2 BPR erhalten bei der ersten Verteilung alle Parteien jeweils so viele Mandate, wie die Verteilungszahl in ihrer Stimmenzahl vollständig enthalten ist. Die Verteilungszahl ist gem. Aufgabe 1.26 1051.

D.h. Partei I erhält demnach 3 (da 1051 in den 3600 Stimmen dreimal enthalten ist), Partei II 2, Partei III 1, Partei IV 1 und Partei V 0 Mandate. Es werden damit von den zu verteilenden 9 Mandaten nur 7 verteilt, es verbleiben 2 Restmandate.

Antwort D ist also richtig.

1.28 Die weiteren Verteilungen

- A ☐ ergeben für die Partei II zwei (2) zusätzliche Mandate.
- B ☐ können nicht vorgenommen werden,

⁴⁹ HÄFELIN/HALLER/KELLER, Rn. 514.

⁵⁰ Siehe Fussnote 49.

⁵¹ Siehe Fussnote 49.

⁵² Siehe Fussnote 49.

da in der Aufgabenstellung nicht alle Daten vorliegen.

- C ☐ ergeben für die Parteien II und III je ein (1) zusätzliches Mandat.
- D ☐ ergeben für die Parteien III und V je ein (1) Mandat.

Die weiteren Verteilungen ergeben sich gem. Art. 41 BPR Abs. 1:

Lit. a: Die Stimmenzahl pro Liste geteilt durch die jeweils bereits zugeteilten Mandate plus eins. Die dafür benötigten bereits zugeteilten Mandate ergeben sich aus der Aufgabe 1.27.

Für die Partei I ergibt dies: $3600/(3+1)=900$; Partei II: $2705/(2+1)=901,3$; Partei III: $1800/(1+1)=900$; Partei IV: $1600/(1+1)=800$; V: Partei $800/(0+1)=800$.

Lit. b: Jene Partei mit dem grössten Quotienten erhält ein weiteres Mandat. Die Quotienten sind die Resultate aus der Berechnung zu lit. a. Partei II hat mit 901,3 den grössten Quotienten, erhält also 1 weiteres Mandat.

Es bleibt 1 Mandat zu verteilen.

Lit. c: Welche Partei hat den nächstgrössten Quotienten? Partei I und III haben beide einen Quotienten von 900, also den gleichen Anspruch auf das letzte zu verteilende Mandat. In diesem Falle ergibt sich der Anspruch auf weitere Mandate für jene Partei(en) mit dem grössten Rest.

Der Rest ergibt sich aus: Anzahl Parteistimmen – (Anzahl bereits zugeteilte Mandate mal Verteilungszahl)

Partei I: $3600-(3 \times 1051)=447$; Partei III: $1800-(1 \times 1051)=749$; Partei III hat hiermit den grösseren Rest und erhält damit das letzte zu verteilende Mandat.

Damit sind alle neun Mandate verteilt.

Damit ist Antwort C richtig.

1.29 Ebenso gilt für die weiteren Verteilungen, sie

- A ☐ können nicht mehr vorgenommen werden, weil zwischen den Parteien I und III ein Patt besteht.
- B ☐ können vorgenommen werden, weil das Patt zwischen den Parteien I und III mittels Los entschieden wird.
- C ☐ können nicht mehr vorgenommen werden, weil beim in Betracht kom-

menden Kandidaten die Kenntnis seiner Stimmenzahl gegeben sein müsste, diese fehlt aber in der Aufgabenstellung.

- D ☐ ergeben für die Partei I kein weiteres Mandat. Diese verbleibt damit bei der Sitzzuteilung gemäss der ersten Verteilung.

A ist falsch, die Verteilung kann trotz Patt gem. Frage 1.28 vorgenommen werden.

B ist falsch, die Verteilung kann gem. Frage 1.28 per Rechnung vorgenommen werden. Der Los-Entscheid gem. Art. 41 Abs. 1 lit. f kommt somit nicht zur Anwendung.

C ist falsch, denn die Stimmenzahlen pro Partei reichen für die Verteilung aus, siehe dazu die Frage 1.28.

D ist richtig, denn gem. Verteilung der Mandate in Frage 1.28 bekommt Partei I bei der weiteren Verteilung kein weiteres Mandat.

1.30 Angenommen, die Parteien I und III gehen eine Listenverbindung ein. Die Parteien I und III erhalten in der ersten Verteilung:

- A ☐ vier Mandate.
- B ☐ fünf Mandate.
- C ☐ sechs Mandate.
- D ☐ sieben Mandate.

Bei einer Listenverbindung wird gem. Art. 42 BPR die Liste der Parteien wie eine Partei behandelt.

Die erste Verteilung der Mandate erfolgt also wieder gem. Art. 40 Abs. 2 BPR, siehe dazu Frage 1.27: Partei I und III erhalten zusammen 5400 Stimmen. Die Parteien erhalten so viele Mandate, wie die Verteilungszahl in ihrer Stimmenzahl vollständig enthalten ist. Die Verteilungszahl ist gem. Aufgabe 1.26 1051. 5400 ist in 1051 fünfmal vollständig enthalten, d.h. die Listen mit den Parteien I und III erhalten 5 Stimmen. Antwort B ist somit richtig.

Die Verteilung der Mandate auf die beiden Parteien innerhalb der Liste folgt dann gem. Art. 40 f. BPR.

Tabellarische Zusammensetzung zu den Fragen 1.26–1.29 auf der nächsten Seite

Tabellarische Zusammensetzung zu den Fragen 1.26–1.29

| Partei | I | II | III | IV | V | Total |
|---|-------|-------|-------|-------|-----|--------|
| Listenstimmen | 3 600 | 2 705 | 1 800 | 1 600 | 800 | 10 505 |
| Berechnung der Verteilungszahl $10\,505 : (9+1) = 1\,050,5$, nach Gesetz 1 051 | | | | | | |

1. Verteilung:

| | | | | | | |
|---|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-----------------|--------------------------|
| Verteilungszahl vollständig enthalten in Anzahl Stimmen | 1 051 3x in 3 600 | 1 051 2x in 2 705 | 1 051 1x in 1 800 | 1 051 1x in 1 600 | 1 051 0x in 800 | |
| Anzahl Mandate | 3 | 2 | 1 | 1 | 0 | 7 Mandate, 2 Restmandate |

Weitere Verteilung:

| | | | | | | |
|--|------------------------------------|--------------------------|------------------------------------|------------------------|---------------------|-------------------------|
| Quotienten | $3\,600 : (3+1) = 900$ | $2\,705 : (2+1) = 901,3$ | $1\,800 : (1+1) = 900$ | $1\,600 : (1+1) = 800$ | $800 : (0+1) = 800$ | |
| Grösster Quotient = weiteres Mandat | | 1 | | | | 8 Mandate, 1 Restmandat |
| Grösster Rest (soweit gleicher Quotient) | $3\,600 - (3 \times 1\,051) = 347$ | | $1\,800 - (1 \times 1\,051) = 749$ | | | |
| Grösster Rest = weiteres Mandat | | | 1 | | | 9 Mandate 0 Restmandate |
| Total Mandate | 3 | 3 | 2 | 1 | 0 | Total 9 Mandate |